



Foto: FIAN

Philippinen: Demonstration gegen Landgrabbing

Unter falscher Flagge

Hungerbekämpfung als Vorwand für Spekulation Von Roman Herre

Nichtregierungsorganisationen wie das Food-First Informations- und Aktionsnetzwerk (FIAN) oder Grain dokumentieren seit 2008 weltweit einen rasanten Anstieg von großflächigen Landaufkäufen. Diese Entwicklung wurde schnell mit dem Schlagwort „Landgrabbing“ belegt. Ländlichen Gemeinden wird häufig regelrecht der Boden unter den Füßen weggezogen und oft kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen, etwa gewaltsamen Vertreibungen.

Schuld sind die anderen

„Chinesen und Araber kaufen Land in armen Ländern in kolossalem Ausmaß“. So titelte der Economist im Mai 2009. Westliche Entwicklungshilfe, Politik und Wirtschaft nutzten diese Vorlage und verbreiteten die Botschaft von skrupellosen Chinesen und Arabern. Schuldzuweisungen in den eigenen Reihen waren damit vom Tisch. Heute wissen wir: das war eine grandiose Fehlanalyse. Sie hat aber effektiv verdeckt, dass die westliche Welt weitaus „kolosaler“ unterwegs ist in Sachen Landgrabbing.

Die Zahlen belegen das und weisen der Finanzwelt eine bedeutende Rolle zu. Die internationale Arbeitsgemeinschaft „Land Matrix Global Observatory“ sieht die USA mit 8,8 Millionen Hektar als Hauptherkunftsland der „Landgrabber“ (wörtliche Übersetzung von „Landgrabbing“), gefolgt von Malaysia mit seinem global agierenden Palmölkomplex (3,9 Millionen Hektar) und dem Finanzparadies Singapur (3,2 Millionen Hektar). Die Top 10 der europäischen Länder sind zusammen mit 10,2 Millionen Hektar, ungefähr der Ackerfläche Deutschlands, dabei. Ganz vorne die Finanzparadiese England, Liechtenstein und Luxemburg.

Angesichts komplexer Beteiligungs- und Finanzierungsstrukturen sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Es kommt nicht selten vor, dass ein Joint Venture aus nationalen und internationalen Akteuren Land aufkauft oder über mehrere Generationen pachtet. Zusätzlich finanzieren oft Investmentfonds oder Banken – auch Entwicklungsbanken – solche Joint Ventures im Hintergrund. Da kommt man schnell auf Banken und Firmen aus zehn und mehr Län-

dern. Welchem dieser Länder soll man den Fall zuordnen?

Auch die aktuelle Studie des Europaparlaments „Land Grabbing and Human Rights“ unterstreicht, dass komplexe Finanzierungen eine zentrale Rolle bei der globalen Jagd nach Ackerland spielen. Neben direkten Investitionen wird immer mehr über öffentlich-private Partnerschaften und staatlich mandatierte Entwicklungsbanken, wie die in Köln ansässige Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG, finanziert. Typisch – so die Studie – ist zudem eine Vermischung dieser Mechanismen und Akteure.

Acker: Im Visier der Finanzwelt

Ab etwa 2006 haben Investmentfonds und Banken systematisch begonnen, Land und landwirtschaftliche Produktion in ihre Investment- und Spekulationsstrategien aufzunehmen. So hatte beispielsweise der Fondsmanager der Deutschen Bank Gruppe, die DWS, bis 2010 schon 280 Millionen Euro in Firmen investiert,

die über drei Millionen Hektar Land in Südamerika, Afrika und Südostasien hielten.

FIAN konnte 2010 im Rahmen eines von der Stiftung Umwelt und Entwicklung finanzierten Projekts aufdecken, dass die Deutsche Bank über die DWS in Kambodscha in Landgrabbing verwickelt war. Die DWS war der fünftgrößte Anteilseigner des thailändischen Zuckerkonzerns KSL, der in der kambodschanischen Provinz Koh Kong durch die Aneignung von 19.100 Hektar Land für massive Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich war. Zwar zog sich die DWS, nachdem „Report Mainz“ darüber berichtete, aus der Firma zurück, jedoch kämpfen die Betroffenen bis heute um ihr Land und ihre Rechte.

Das heimliche Schwergewicht der Finanzwelt sind jedoch Pensionskassen. Sie verwalten weltweit geschätzte 32 Billionen US-Dollar. Ihre Anlagestrategien haben globale Auswirkungen. Und auch sie haben Land als Renditeobjekt entdeckt.

Globaler Landfonds mit Investitionen aus NRW

TIAA CREF (Teachers Insurance and Annuity Association of America - College Retirement Equities Fund) aus den USA ist eins der größten Versorgungswerke weltweit. Unter dem Dach der eigenen Investmentfirma TIAA CREF Global Agriculture (TCGA) kauft es weltweit Agrarland auf. Fünf Milliarden US-Dollar wurden dafür von Versorgungswerken aus aller Welt eingesammelt. Neben Kanada, Schweden und den Niederlanden hat auch die deutsche Ärzter-

sorgung Westfalen-Lippe 100 Millionen US-Dollar dort investiert. In Brasilien hat TCGA mittlerweile nach eigenen Angaben über 250.000 Hektar Land aufgekauft. Da sich die Investoren weigern, konkrete Daten zu den aufgekauften Flächen zu veröffentlichen, bleiben bis heute die exakten menschenrechtlichen Folgen der massiven Landkäufe im Dunkeln. Die Regionen der Flächenaufkäufe und einige Mittelsmänner konnten jedoch identifiziert werden. Die Recherchen bestätigen viele Befürchtungen: Land wurde über dubiose Firmengeflechte und kriminelle Machenschaften organisiert. Die Folgen tragen die Bauernfamilien: Sie verlieren Land, Weiden, Wälder und Wasser.

FIAN Schweden hatte vor einem Jahr einen Bericht zur schwedischen Beteiligung am TCGA-Fonds bei den Vereinten Nationen eingereicht. Der zuständige Menschenrechtsausschuss kritisierte das „Fehlen einer systematischen Kontrolle“ der menschenrechtlichen Auswirkungen der Investitionen. Er forderte den Vertragsstaat Schweden auf, seine „Überwachung von Investitionsentscheidungen“ des Pensionsfonds und anderer privater Investitionen deutlich zu stärken. Der Ausschuss unterstreicht damit die menschenrechtliche Verantwortung Schwedens. Ähnliche Fragen muss sich möglicherweise auch die Bundesregierung gefallen lassen, wenn sie 2017 dem UN-Ausschuss über ihre Bemühungen zur Umsetzung der Menschenrechte berichtet.

Scheinargument Hungerbekämpfung

Die Ärzterversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL) rechtfertigt ihre Investition mit dem Ziel, „... dem notwendigen globalen Strukturwandel in der Agrar- und Nahrungsmittelproduktion humanitäre, ethische und umweltpolitische Kriterien zugrunde zu legen und den steigenden Nahrungsmittelbedarf in Angriff zu nehmen“. (Geschäftsbericht 2013) Diese Rhetorik haben sich viele Investoren zu eigen gemacht. Sie basiert auf einem einfachen Dreisatz: Die Weltbevölkerung wächst bis 2050 auf über neun Milliarden Menschen. Daher müssen wir mehr und effizienter produzieren. Und das geht nur mit kapitalintensiven Investitionen.

Der Dreisatz verschleiert, dass Hunger in erster Linie eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit und damit hochpolitisch und fernab von globalen Produktionsmengen ist. Er verschleiert zudem, dass die Expansion der agrarindustriellen Landwirtschaft wie in Brasilien inhärent mit der Vertreibung und Verdrängung von Klein-

bauernfamilien und Indigenen verbunden ist. Er erfüllt aber einen wichtigen Zweck: Investoren etikettieren ihre problematische Markt- und Machtexpansion als Lösung für den Hunger in der Welt um.

Was kann getan werden?

Die Finanzwelt spielt also eine ganz bedeutende Rolle beim Landgrabbing. Das Beispiel der Pensionskassen zeigt, dass die Herkunftsstaaten der Gelder kaum auf dieses drängende Problem reagieren. Wie der UN-Ausschuss im Fall Schweden hervorhebt, werden sie damit ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht gerecht. Daher sollten Staaten aktive Schritte unternehmen, um menschenrechtliche Auswirkungen von Investitionen aus dem eigenen Land besser zu überwachen.

Unter anderem könnten die Botschaften im Ausland angewiesen werden, menschenrechtlich relevante Informationen zu solchen Investitionen einzuholen und Beschwerden von Betroffenen nachzugehen. Aber es wäre auch wichtig, die zahlreichen Regulierungslücken in der Finanzwelt zu identifizieren und zu stopfen. Dabei sind Regulierungen auf verschiedensten Ebenen möglich. Die 2012 auf internationaler Ebene verabschiedeten Leitlinien zum Thema Land müssten effektiver umgesetzt und stärker in nationales Recht aufgenommen werden. Im Lichte des oben geschilderten Falles der ÄVWL wäre auch denkbar, dass im Landesversicherungsaufsichtsgesetz (VAG NRW) die Einhaltung der Menschenrechte als Teil der Aufsichtspflicht konkret festgehalten würde.

Foto: FIAN



Kambodscha: Das Geschäft mit Landgrabbing brummt

Foto: FIAN



Roman Herre ist Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN, die sich vor allem für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt. FIAN steht für FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk. FIAN besitzt Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, dokumentiert seit 1986 Menschenrechtsverletzungen anhand konkreter Fall- und Länderberichte und unterstützt die Betroffenen, ihre Rechte einzufordern.